

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 21 (1980)
Heft: 9

Rubrik: Mitteilungen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 06.03.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Das Interview

Georgij Vins

Gegen zwei Spione gab die Sowjetunion am 27. April 1979 fünf Dissidente heraus, darunter den Pfarrer und Ingenieur Georgij Vins. Er ist der bekannteste Repräsentant der unabhängigen Evangelischen Christen-Baptisten (EChB). Diese haben heute in der UdSSR 100 000 Mitglieder in 2000 Gemeinden. Für seine Arbeit als Sekretär der — nichtregistrierten — EChB-Kirchen (heute ist er ihr offizieller Auslandsvertreter) hatte er ab 1974 seine zweite Haftstrafe verbüsst.

Für das ZeitBild hat Georgij Vins ein Gespräch mit Hanni Tarsis geführt.

Die Angehörigen Ihrer Gemeinschaft werden vom sowjetischen Sicherheitsdienst, dem KGB, besonders scharf verfolgt. Ist der Rat der EChB-Kirchen denn als Politikum einzustufen, dass ihm solche Aufmerksamkeit zuteil wird?

Nein. Er ist wie unsere einzelnen Gemeinden eine rein religiöse Vereinigung. Aber die Behörden bekämpfen uns mit politischen Methoden, entgegen dem Parteiprogramm, das den Ideenkampf befiehlt. Ihr Lehr- und Machtsystem ist kraftlos. Die Machthaber glauben selber nicht daran. Und weil es nicht als Waffe taugt, nehmen sie eben das KGB zu Hilfe, den Polizeiapparat, die Gefängnisse und Lager. Wie alle Lebensbereiche wollen sie auch die Kirche kontrollieren. Das ist paradox, denn Glauben lässt sich nicht durchs KGB verwalten.



Georgij Vins kommt jetzt auch in die Schweiz, eingeladen von Glaube in der 2. Welt, Zürich-Zollikon.

Schaffhausen: 9. Mai, 20.00 Uhr, Rathauslaube.

Zürich: 10. Mai, 20.00 Uhr, Evang. Kirche St. Peter.

Bern: 11. Mai, 19.30 Uhr, Münster.

Aarau: 12. Mai, 20.00 Uhr, Evang. Stadtkirche.

Chur: 13. Mai, 20.15 Uhr, Evang. Kirchengemeindehaus Comander.

Wir, die unabhängigen Kirchen, fordern die Einhaltung des Dekrets über die Trennung von Staat und Kirche. Wir halten uns daran; nur die Behörden tun es nicht.

Mit seinen Druckmaschinen unterläuft der Rat der EChB-Kirchen aber doch das staatliche Monopol auf Publikation ...

Die Kommunistische Partei ist halt an der Veröffentlichung religiöser Literatur und vorab der Bibel nicht interessiert. Da sie gegenüber dem Westen doch tolerant erscheinen möchte, erlaubt sie so alle zehn Jahre eine ganz kleine Bibelaufgabe, die teils an die Orthodoxen und die (registrierten) Baptisten geht, teils in den Westen — als Beleg für «Glaubensfreiheit». Am Anfang des geistlichen Aufbruchs unter den EChB in den sechziger Jahren stand die Einsicht: Wir brauchen eine eigene Presse. Vervielfältigungsgeräte genügt da nicht. Jahrelang wurde experimentiert, eine Methode erarbeitet. Die erste Offset-Druckmaschine hatte noch Handantrieb; bereits mit Elektromotor druckten wir ab 1968 das Neue Testament.

Ist das nicht auch eine Form des politischen Widerstands?

Es ist geistiger Widerstand. Wir bestreiten ein Recht der Machthaber, das geistliche Leben der Kirchen zu kontrollieren oder gar zu lenken. Denn das Haupt der Kirche ist Christus, nicht das KGB oder der Atheismus.

Wir benutzen die Kirche nicht zum Kampf gegen den Atheismus, denn ihre Aufgabe ist eine andere: Menschen zu retten. Durch geistliche Wiedergeburt und die Schaffung einer sittlichen Grundlage.

Die nichtregistrierten Baptisten sind die einzige unabhängige Organisation, die 20 Jahre nicht nur überlebt hat, sondern sehr wirksam tätig gewesen ist — die eigene Presse (500 000 Exemplare in 10 Jahren), Verbindung unter den Gemeinden im ganzen Land, grosser Einfluss, namentlich unter der Jugend: die unabhängigen EChB sind die Kirche der Zukunft. Das fürchten die Behörden, und darum bekämpfen sie uns mit dem KGB.

Diese Kirche ist also eine Gefahr für das System?

Eine Gefahr für die Ideologie. Anerkanntermassen sind die Baptisten sehr gute Arbeitskräfte: nüchtern, fleissig, ehrlich. Die Wirtschaftsführer hätten sie daher gern auf verantwortlichen Posten, doch Partei und KGB verbieten es ihnen, dort Gläubige einzusetzen. Handlangerarbeit für Baptisten, heisst der Befehl.

Die Partei hat Angst vor dem Einfluss der EChB als «modernste» Glaubensströmung, als aktive und attraktive Missionskirche. Weil sie einen vom Staat unabhängigen Weg beschreitet, hat sie seit jeher Verfolgung zu leiden gehabt. 1929 bis 1940 wurden 25 000 evangelische Pfarrer und Laienprediger verhaftet; 22 000 starben in Haft. Aber die Kirche starb nicht: die Leiter im Rat der EChB-Kirchen sind zumeist Söhne solcher Männer, denn die atheistische Schulung ist in Baptistenkreisen wenig wirksam. Genau gleich auch unter unseren Kindern, die ihrerseits an den Platz der inhaftierten Väter treten. Die Kette führt weiter. ■

Briefe

Verzicht auf Paraderitt

Zum offenen Brief von Peter Sager in der letzten Nummer.

Wir möchten nicht verfehlen, Ihnen für Ihre positive Stellungnahme zu unserem Beschluss, keine schweizerischen Reiter an die Olympischen Spiele in Moskau zu entsenden, herzlich zu danken.

Die Tatsache, dass nur ganz wenige der zahlreichen Zuschriften die Richtigkeit unserer Haltung bezweifeln, zeigt, uns, dass eine überwältigende Mehrheit unsere Ansicht teilt, nämlich

- dass längeres Zuwarten an den Tatsachen (Unterdrückung der Menschenrechte, Ueberfall auf Afghanistan) nichts ändert, auch nicht im Falle der Abschaffung der Fahnen und Nationalhymnen bereits für Moskau;

- dass es das erste Mal wäre, dass Sportler in ein Land ziehen würden, das unmittelbar vor den Olympischen Spielen die Menschenrechte mit Füßen getreten (Sacharow) und ein Land besetzt hat, das ebenfalls der olympischen Bewegung angehört;

- dass unser Vorstand den Entscheid als freie Bürger, die für den Sport zuständig sind, gefasst hat, ohne Ausreden zu suchen, wie etwa, dass die Politiker auch nicht die Konsequenzen gezogen und ihre Botschafter abberufen hätten, oder dass die Wirtschaft auch nicht den Handel mit der UdSSR abgebrochen habe.

Schweizerischer Reit- und Fahrverband

Guy F. Sarasin (Präsident), René Pezold (Generalsekretär)

In Kürze

Ein gutes Arbeitszeugnis, nur weil einer gut arbeitet? Das fehlte noch.

Die «Prawda Wostoka» (2. 3. 1980) polemisiert gegen den eingesperrten oppositionellen Krimtataren Reschat Dschemilew, der sein Land durch Appelle an die ausländischen Feinde verraten habe usw. Es ist die bekannte Litanei plus einige spezifische Vorwürfe. So habe der Delinquent die Verleumdung so weit getrieben, gegenüber dem islamischen Ausland zu behaupten, die Moslems seien in der UdSSR verschiedenen Restriktionen unterworfen. Aber etwas, was der Autor M. Seitow nur en passant erwähnt, ist ein Aufmerken wert. Er berichtet, dass Dschemilew seinerzeit an seinem Arbeitsplatz von einem höheren Funktionär ein ausgezeichnetes Arbeitszeugnis erhalten hatte. Doch wenigstens ein Gutpunkt für den Straftäter? Aber nein. Seitow führt das als Beispiel dafür an, wie politisch kurzschichtig manchmal selbst Leute in offizieller Stellung sein könnten.

*

Laut einem Partei- und Regierungsdekret werden in der Sowjetunion Massnahmen getroffen, um die Lebensbedingungen von Kriegsinvaliden zu verbessern. Je nach Invaliditätsgrad gehören zu

FACETTEN zum Alltag drüben

Eine sowjetische Umfrage: Gibt es einen persönlichen Kontakt zwischen Lehrern und Schülern? Mit «Ja» antworteten 73 Prozent der Lehrer. Und 18 Prozent der Schüler.

(I. S. Kon: «Psychologija junoscheskogo wosrasta», Moskau 1979. Besprochen in «Prawda», 11. 2. 1980.)

Die nette Diskrepanz braucht übrigens keine Exklusivität von drüben zu sein, und das jugendpsychologische Buch scheint auch sonst noch übertragbare Aussagen zu enthalten. Auf jeden Fall hat bei mir das Ergebnis einer weiteren Umfrage ebenfalls ein Ach-ja-Erlebnis ausgelöst:

Die Eltern und die Kinder bewerten einander

positiv. Aber jede der beiden Generationen ist überzeugt, von der andern negativ bewertet zu werden.

Amüsant ist übrigens der «Prawda»-Aufsatz über dieses jugendpsychologische Buch. Der Rezensent B. Lisin ist offenbar begeistert, obwohl (oder weil) Prof. Kon seine Jugendpsychologie anscheinend ohne Hilfe von ideologischen Schablonen betreibt; in solchen Fällen muss man rückversichern.

Das Buch enthalte, so hält die «Prawda» fest, «keine starr formulierten didaktischen Vorschläge mit Universalanspruch», sondern sei vielmehr für die Praxis brauchbar.

Aber weil der Rezensent fürchtet, zu gut verstanden zu werden, beeilt er sich hinzuzufügen, diese Wertung bedeute «keinesfalls ein völliges Einverständnis mit den Ansichten des Autors». Zum Beispiel — und das Beispiel zeigt, wie der Hase läuft — widme Kon dem kommunistischen Jugendverband (Komsomol) und seiner Rolle zu wenig Aufmerksamkeit. Aber anschliessend folgt doch der Wunsch, das Buch möge in das Unterrichtsmaterial für alle angehenden Pädagogen aufgenommen werden. cb

den Leistungen verschiedene Dinge, wie eine grössere Gratisreise pro Jahr, Mietzinsreduktionen und Verbilligungen öffentlicher Dienste. Die Minimalrente für Invalide dritten Grades wird von monatlich 33 auf monatlich 40 Rubel erhöht. Ein Rubel hat die Kaufkraft von zwei bis drei Schweizerfranken.

Im Jahre 1979 trafen auf den landwirtschaftlichen Betrieben des sowjetischen Altai-Gebietes 236 Lastwagen, 232 Traktoren und 142 Kombi-
nen sozusagen im Rohzustand ein, ohne ihre montierten Bestandteile. Denn diese waren auf dem Transport demontiert worden. Von Interessenten, die sich damit Ersatzteile beschafften, um sie beim herrschenden Mangel daran unter der Hand zu verkaufen. So die Moskauer Zeitschrift «Chosjajstwo i prawo» (Wirtschaft und Recht), welche die schlechte Kontrolle der Transporte beklagt, auf denen man Traktoren einfach ausnehmen kann. Aber vielleicht hätten die Sowchosen (Staatsgüter) oder Kolchosen (Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften) die Traktoren selber ausgenommen, wenn sie vollständig eingetroffen wären. Denn ein ganzer Traktor gilt noch immer als das beste Traktor-Ersatzteillager.

Sage mir, was du für Spionage hältst, und ich sage dir, was deine eigene Information wert ist. Der Erste Stellvertretende Vorsitzende des sowjetischen Staatssicherheitsdienstes, General Semjon Zwigun, hat sich über die «verstärkte subversive Tätigkeit» des Westens in der UdSSR beschwert (Tass, 11. 3. 1980). Als Beispiel führt er unter anderem den Versuch westlicher Spionagezentren an, Informationen über die sowjetische Wirtschaft und insbesondere über die wirtschaftliche Entwicklung in den nichtrussischen Sowjetrepubliken zu erhalten. Komisch. Ueber die wirtschaftliche Entwicklung geben doch die sowjetischen Statistiken die richtigen Informationen selber; oder etwa nicht?

In der Tschechoslowakei verdient ein Arbeitnehmer durchschnittlich 1900 Kronen im Monat. Ein Farbfernsehgerät kostet 11 000 Kronen, eine Waschmaschine 3500 Kronen oder mehr. Dafür haben nur die relativen Grossverdiener der auto-besitzenden Klasse die Gelegenheit für folgende Auslage: 1000 Kronen Busse für Ueberschreiten der Höchstgeschwindigkeit. Vielleicht ist da der Polizist mit weniger zufrieden, wenn er als Gegenleistung auf Anzeige verzichtet.

Pro Woche 90 000 Belgrader suchen irgendeine Amtsstelle in irgendwelchen Angelegenheiten auf. Und 22 000 Belgrader pro Woche nehmen dafür Urlaub vom Arbeitsplatz. Das komme, so meint die Belgrader «Politika» (10. 4. 1980), wohl von der ungenügenden Information darüber, dass viele Dienststellen auch am Samstag nachmittag oder über Mittag geöffnet seien. Von der ungenügenden Information allerdings der Arbeitgeber. Na ja, Mensch bleibt Mensch. Aber dieses bestimmte Problem liesse sich reduzieren, wenn man nur die Bürokratie auch reduzieren dürfte. Ob sie nun auf Kosten der Arbeitszeit oder der Freizeit gehe.

Für eine Sitzung im Parlament der jugoslawischen Teilrepublik Bosnien und Herzegovina erhielt jeder Deputierte 89 verschiedene Unterlagen mit einem Gesamtumfang von 1513 Seiten zuge-
stellt. Vor der Sitzung durchzulesen. Der Korrespondent von «Vjesnik» (Zagreb, 12. 4. 1980) bezweifelt, dass das möglich sei. Aber er fragt auch, was man an der «Basis» von einer solchen Vertretung habe.

Die DDR kann auf einem bestimmten Exportsektor einen hundertprozentigen Reinerlös aufweisen. Sie hat im Verlaufe der letzten 17 Jahre 17 000 politische Häftlinge gegen Bezahlung in die BRD abgeschoben und damit an die 600 Millionen Dollar verdient. Macht knapp dreimal täglich gut 35 000 Dollar pro Individuum. («Russkaja mysl», Paris, 3. 4. 1980)

ZEITBILD

erscheint alle
zwei Wochen

ZeitBild

Redaktion – Administration – Anzeigen-
verwaltung

Jubiläumsstrasse 41, CH-3000 Bern 6
Tel. 031 43 12 12, Telex 32728 soi ch
Telegramm Schweizost

Postcheck ZeitBild 30-24616, Banken: Spar +
Leihkasse Bern 153.400.203, Deutsche Bank
Frankfurt a. M. (BLZ 500 700 10) 78-2409
Printed in Switzerland ISSN 0044-2100

Verantwortlicher Herausgeber und Verlag

Schweizerisches Ost-Institut AG (SOI)
Jubiläumsstrasse 41, CH-3000 Bern 6

Redaktion

Peter Sager, Christian Brügger

Administration und Anzeigenverwaltung

Peter Dolder

Abonnementspreise

Fr. 34.– jährlich (Ausland Fr./DM 37.–)
Studenten und Lehrlinge Fr. 20.–
(Ausland Fr./DM 23.–)
Halbjahr Fr. 18.– (Ausland Fr./DM 20.–)
Einzelnummer Fr. 1.50 (Ausland Fr. 2.–,
DM 1,50)

Wissenschaftliche Mitarbeiter SOI

Hanni Tarsis, Prof. Dr. Laszlo Revesz,
Dr. Ernest Schmidt, Dr. Max Keller,
Ian Tickle, Saulo Herrero,
Dr. Chien-jen Chen, Dr. Bohdan Gorski

Korrespondenten

Dr. Michael Stemmer (Tel Aviv), Valerij Tarsis
(Bern), Georg Bruderer (Bern)

Redaktionelle Zusammenarbeit

Etudes politiques
Redaktion Claude Rieser

Anzeigentarif

Gemäss Anzeigenpreisliste Nr. 8

Druck und Versand

Verbandsdruckerei AG Bern
Maulbeerstrasse 10, 3001 Bern

Schweizerisches Ost-Institut

Forschung und Information über internationale
Entwicklungen

SOI-Informationsträger

Etudes politiques (Monatszeitung)
SOI-Bilanz
(monatl. Kurzanalyse der internationalen Lage)
Informationsdienst (Uebersicht über die
Presse kommunistischer Staaten)
Wirtschaftsdienst (Wirtschaftsentwicklung
Osteuropas)
Swiss Press Review and News Report
(Artikel für die Presse Asien und Afrika)
Revue de la Presse Suisse – Informations –
Commentaires (Artikel für die Presse Afrika)
Revista de la Prensa Suiza y Noticiario
(Artikel für die Presse Lateinamerika)
Mitteilungsblatt für die Freunde des SOI
Vortragsdienst
Buchhandlung
Verlag (Taschenbuchreihe Tatsachen und
Meinungen)

Der Kommentar

Enttitoisierung so oder anders

Die westweite Angst vor der Zukunft Jugoslawiens nach Tito ist in den Monaten seiner Agonie etwas zurückgegangen. Ein Drittelsjahr lang war er politisch handlungsunfähig, und es ist «nichts passiert». Man hat leise wieder zu hoffen begonnen, dass es so weitergehen könne. Mit einem stabilen Jugoslawien als Eckstein des europäischen Gleichgewichts.

Nun ist Tito gestorben, und die Frage stellt sich im Ernst: *Kann* es so weitergehen?

Darauf gibt es, wenn man von einer sehr kurzen Schicksalszeit absieht, eine Normalantwort. Sie lautet: Nein.

Das ist keine Frage billiger oder tiefgründiger Prophetie. Wenn einer stirbt, der eine Diktatur gegründet und jahrzehntlang ausgeübt hat, geht es fast nie so weiter wie bisher.

Lässt sich für Jugoslawien die Annahme einer Ausnahme rechtfertigen? Bis auf unser westliches Interesse daran, gibt es keinen besonderen Grund dazu.

Tito war, wie immer das qualitativ zu bewerten sei, eine grosse Persönlichkeit, die das Land geprägt hat. Was er hinterlässt, ist tatsächlich ein Tito-Jugoslawien, innenpolitisch wie aussenpolitisch auf seine Person ausgerichtet.

Das gilt in ganz besonderem Masse für das, was es an jugoslawischer Stabilität gibt. Sie ist weitgehend das Ergebnis von Titos Kunst, widerstrebende Kräfte zusammenzuhalten und widersprüchliche Tendenzen zu vereinbaren. Gerade in dieser Beziehung könnte seine Leistung direkt einmalig genannt werden. Und das bedeutet: nicht wiederholbar. Der Fortbestand aber in «seiner» Form ist eine Möglichkeit, die notgedrungen immer kleiner werden muss.

★★★

Dazu kommt, dass der «jugoslawische Weg» unter den heutigen Umständen von innen und ausser weniger Bedeutung hat als früher und schwerer zu begehen ist. Der Titoismus ist vor Tito krank geworden: eine Konzeption, die ohnehin um ihr Ueberleben zu kämpfen hat.

● Tito hatte 1948 Jugoslawien aus dem Ostblock herausgenommen und es nach einer Zeit akuter Sowjetfeindlichkeit auf einen Kurs eingependelt, der den Spielraum zwischen Ost und West ausnützte.

Voraussetzung dazu ist ein Machtgleichgewicht zwischen Ost und West. Aber das sowjetische Gewicht hat zugenommen. Der Boden, auf dem Jugoslawien steht, droht deshalb in Schräglage zu

geraten und eine Rutschbahn zu werden, die Richtung Sowjetlager führt.

● Tito hatte seine Diktatur als Bestandteil des kommunistischen Totalitarismus sowjetischen Typs aufgebaut. Dann ging er daran, sie zu liberalisieren: Annäherung an Marktwirtschaft, Freizügigkeit, «kleine Freiheit» im Kulturleben. Gleichzeitig blieb es bei Einparteienherrschaft, Verweigerung der politischen Demokratie, Polizeistaatlichkeit und Einschränkung von Menschenrechten.

Das ist ein Kompromiss, der gegenläufige Unzufriedenheit gefördert hat. Die einen wollen Demokratie und verwerfen die Garantien der relativ guten Ordnung als «Gefängnis-Stabilität». Die andern wollen Ordnung und bekämpfen deshalb die demokratische Bewegung als Bedrohung der nationalen und gesellschaftlichen Einheit.

Dabei gibt es ein Paradox: Die «Ordner» wünschen eine strammere Parteiherrschaft, also eine Wiederannäherung an den sowjetischen Typ der Diktatur. Und sie können sich dabei auf die Notwendigkeit berufen, das Land angesichts der Bedrohung durch die UdSSR zu disziplinieren.

Westliches Dilemma: Die jugoslawischen Demokraten fallen lassen, um den westeuropäischen Demokratien ihr jugoslawisches Glacis zu erhalten? Wahrscheinlich würden uns die Sowjets für eine solche Politik dankbarer sein als unsere Verbündeten der osteuropäischen Opposition.

● Tito hatte — vielleicht seine historische Hauptleistung — aus einem Vielvölkerstaat eine Nation gemacht.

Aber die zentrifugalen Kräfte sind inzwischen wieder erwacht. Schon 1972 hatte man in Kroatien polizeilich säubern müssen, und dort könnten die Separatisten versucht sein, das Motiv einer sowjetischen Intervention zu Erpressungszwecken gegenüber Belgrad zu verwenden: der klassische

Fall von einem Schwanz, der mit dem Hund wedeln will. Bei einem Aufbrechen der nationalen Fragen sind noch andere Kombinationen möglich, aber jede von ihnen kann Moskau nur recht sein. Immerhin: Heute darf man auch bei vielen «Nationalen» auf die Einsicht hoffen, dass eine Unabhängigkeit von Moskaus Gnaden keine ist.

● Tito hatte das System der «Arbeiterselbstverwaltung» (in den Betrieben) zum eigenen gesellschaftspolitischen Modell Jugoslawiens gemacht. Mindestens in Parteikreisen war man auf diese Errungenschaft stolz und betrachtete sie als verteidigungswürdig.

Diese Hausmarke ist offiziell geblieben, aber sie wird heute von den Sozialpartnern mehr geschmäht als geliebt. (Die Manager: «Das hält uns nur auf.» Die Arbeiter: «Das nützt uns doch nichts.») Besonders, weil die Wirtschaft momentan fast nicht mehr weiss, welchen Schwierigkeiten sie zuerst wehren soll. Schulden, Inflation und Arbeitslosigkeit sind europäische Spitze.

● Tito hatte die Bewegung der Blockfreien mitbegründet, und sie war zu einer wichtigen Abstützung des «jugoslawischen Weges» geworden.

Aber die Sowjets haben zunehmend die Kontrolle darüber an sich gerissen. In Havanna 1979 war Tito noch der Vorkämpfer gegen diese Tendenz, mit bestenfalls halbem Erfolg. Werden seine Nachfolger da mehr ausrichten können oder weniger?

★★★

Ob einzeln oder zusammengekommen: Die Faktoren sprechen so oder anders für eine (baldige) Enttitoisierung. Sie kann so oder anders ausfallen. Kann sie so oder anders zugunsten der Sowjets ausfallen? Das hängt nicht zuletzt davon ab, ob der Westen bereit ist, so oder anders etwas für die Unabhängigkeit Jugoslawiens zu tun. *cb*



Tito mit
amerikanischen
Geschäftsleuten.
Ist die
Partnerschaft
auf die
Nachfolge
übertragbar?